



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE PRÄSIDENTENWAHLEN 2015

■ ANALYSE	
Polen nach den Präsidentenwahlen 2015	2
Janusz A. Majcherek, Krakau	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Die Ergebnisse der Präsidentenwahlen	7
<hr/>	
■ CHRONIK	
19. Mai 2015 – 1. Juni 2015	13
<hr/>	
■ VERANSTALTUNGSHINWEIS	
Ausschreibung des Deutschen Polen-Instituts für die Deutsch-Polnisch-Ukrainische Sommerakademie 2015 für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler	15

Polen nach den Präsidentenwahlen 2015

Janusz A. Majcherek, Krakau

Zusammenfassung

Am 10. und 24. Mai fanden in Polen in zwei Wahlgängen die Präsidentschaftswahlen statt. Im Vorfeld schien es nur unsicher zu sein, ob der bisherige Amtsinhaber Bronisław Komorowski im ersten Wahlgang oder erst in einer Stichwahl wiedergewählt wird. Allerdings brachte der Anti-Establishmentprotest der 18- bis 29-Jährigen im ersten Wahlgang den sensationellen Erfolg eines Anti-System-Kandidaten, des Rockmusikers Paweł Kukiz, und einen Vorsprung von Andrzej Duda, Kandidat von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) vor Komorowski. In der Stichwahl fiel die Entscheidung knapp zugunsten von Andrzej Duda. Er repräsentiert eine europaskeptische und nationalzentrierte Haltung und lässt als neuer Staatspräsident eine größere Distanz gegenüber Deutschland und einer prointegrativen Europäischen Union und eine weiterhin harte Haltung gegenüber Russland erwarten, während sich an den Beziehungen zwischen Polen und der NATO und den USA und in der polnischen Ostpolitik vermutlich nicht viel ändern wird. Für die Parlamentswahlen im Herbst verspricht Dudas Sieg neue Schubkraft für PiS. Offen bleibt, ob sich die stark angeschlagene *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska* – PO) von dem Einbruch in den Präsidentenwahlen wieder erholt und neu ausrichtet, welche Rolle der Anti-Establishment-Vertreter Paweł Kukiz spielen und wie der Zusammenbruch der Linken von den großen Parteien kompensiert werden wird.

Im Verfassungssystem Polens hat der Staatspräsident eine stärkere Position als in Deutschland, aber eine weniger entscheidende als in Frankreich. Das laufende politische Geschäft wird in Polen von der Regierung mit einem recht starken Ministerpräsidenten geführt, aber der Staatspräsident hat gewisse Befugnisse in der Außenpolitik (er repräsentiert das Land in wichtigen internationalen Institutionen, u. a. der NATO) und in der Verteidigungspolitik (er ist der formale Oberbefehlshaber der Streitkräfte). Außerdem obliegt ihm das Vetorecht bei vom Parlament eingebrachten Gesetzen, was als ein sehr wirksames Instrument im Gesetzgebungsprozess eingesetzt werden kann, da für die Aufhebung des Vetos eine 3/5 Mehrheit der Abgeordneten notwendig ist und die in Polen regierenden Koalitionen gewöhnlich nicht über eine so ausgeprägte Mehrheit verfügen. Der Staatspräsident hat direkten Einfluss auf die personelle Besetzung vieler wichtiger staatlicher Institutionen. Seine Position wird informell auch durch das starke gesellschaftliche Mandat beeinflusst, das er durch seine Direktwahl erhält; hinzu kommt, dass bei Präsidentenwahlen die Wahlbeteiligung im Allgemeinen größer ist als bei Parlamentswahlen. Die Amtszeit des Staatspräsidenten beträgt fünf Jahre; einmalige Wiederwahl ist möglich.

In den vergangenen fünf Jahren hatte Bronisław Komorowski das Amt des Staatspräsidenten inne, eine der verdienstvollsten Persönlichkeiten in der III. Republik. Er stammt aus einer patriotisch eingestellten Familie, ein Verwandter, Tadeusz »Bór« Komorowski, war Oberbefehlshaber der Polnischen Heimatarmee im Zweiten Weltkrieg und führte den Warschauer Aufstand 1944 an. Er selbst engagierte sich bereits als Jugendli-

cher gegen das kommunistische System, weshalb er wiederholt verurteilt und inhaftiert wurde. Nach 1989 hatte er viele öffentliche Funktionen inne, u. a. die des Verteidigungsministers und des Sejmarschalls. Dieses Amt übte er zu der Zeit aus, als sein Vorgänger, Staatspräsident Lech Kaczyński, bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk im Jahr 2010 tödlich verunglückte.

Kaczyński hatte das Amt seit 2005 inne, als er als Kandidat der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS), deren Vorsitzender sein Bruder Jarosław war und weiterhin ist, den Chef der *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska* – PO), Donald Tusk, ausgestochen hatte. Der Sieg der PO bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Jahr 2007 und die Besetzung des Ministerpräsidentenpostens mit Donald Tusk hatte Spannungen zwischen Staatspräsident Kaczyński und dem PO-Ministerpräsidenten zur Folge, die wiederholt als Kompetenz- und Prestigestreitigkeiten ausgetragen wurden. Am 10. April 2010, einige Monate vor neuerlichen Präsidentenwahlen, unternahm Lech Kaczyński mit zahlreichen hohen Staatsvertretern eine Reise ins russische Smolensk, um im nahe gelegenen Wald von Katyn des 70. Jahrestags der Ermordung Tausender polnischer Offiziere durch den sowjetischen NKWD zu gedenken; vermutlich wollte er mit dieser symbolischen Geste auch seinen Wahlkampf einleiten. Bei fatalen Wetterverhältnissen stürzte das Präsidentenflugzeug beim Landeversuch ab. Lech Kaczyński, seine Ehefrau und fast einhundert Personen, die ihn auf der Reise begleiteten, starben am Unglücksort.

Gemäß der polnischen Verfassung übernimmt im Falle des Todes des Staatspräsidenten der Sejmarschall in der interimistischen Periode bis zur vorgezogenen

Neuwahl des Staatsoberhauptes seine Funktion im Staat; das war Komorowski. Die Ausübung des Amtes prädestinierte ihn dafür, sich um die Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten zu bemühen. Er wurde von seiner Partei, der *PO*, als Kandidat in den vorgezogenen Präsidentenwahlen nominiert und siegte so vor dem damaligen Außenminister Radosław Sikorski, der sich ebenfalls parteiintern um die Kandidatur beworben hatte. Gegen Komorowski trat der Zwillingbruder des verunglückten Präsidenten an, Jarosław Kaczyński, der die Regierung beschuldigte, zur Flugzeugkatastrophe beigetragen zu haben. Nach einem harten Wahlkampf siegte Komorowski in der Stichwahl mit 53 zu 47 Prozent.

Der gefallene Favorit

Komorowski ist ein gemäßigter Konservativer mit einer etwas jovialen, aber ausgeglichenen Wesensart; auf diese Weise übte er auch das Amt des Staatspräsidenten aus und hatte einen stabilisierenden Einfluss auf die polnische Politik. Allerdings wandte er sich einige Male gegen die Pläne und Projekte der Regierung, die von seiner Mutterpartei, der *PO*, dominiert wurde. Sowohl ruhig als auch würdevoll, ausgestattet mit Robustheit und politischer Selbständigkeit, gefiel er den Bürgern, die Komorowski sehr großes Vertrauen und Unterstützung schenkten. Es schien, als sei seine Wiederwahl für die zweite Amtszeit nur eine Formalität.

Aus diesem Grund wollten die Chefs der anderen Parteien nicht persönlich in den riskanten Wettstreit mit Komorowski eintreten und stellten Kandidaten auf, die nicht der Parteispitze angehören. Kaczyński bestimmte als Repräsentanten von *PiS* (*PiS* wird praktisch von einer – seiner – Person regiert) den wenig bekannten Europaabgeordneten und ehemaligen Unterstaatssekretär und Berater in der Kanzlei des Staatspräsidenten Lech Kaczyński, Dr. jur. Andrzej Duda. Noch merkwürdiger war die Entscheidung des Chefs der *Demokratischen Linken* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*), Leszek Miller. Er erlegte seiner Partei die Kandidatur der jungen, 36-Jährigen, visuell eindrucksvollen Blondinen Magdalena Ogórek auf (für die Kandidatur muss das Mindestalter von 35 Jahren erreicht sein), die allerdings über keinerlei politische Erfahrung verfügte und vorher als promovierte Expertin zur Geschichte der religiösen Bewegungen in Schlesien in den Medien als Spezialistin für kirchliche Angelegenheiten aufgetreten war. Der mitregierenden *Polnischen Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*), deren Kandidat nie mehr als einige Prozent der Stimmen in den Präsidentenwahlen erhalten hatte, wurde angeraten, Komorowski zu unterstützen, aber sie entschloss sich, den jungen Vertreter der Selbstverwaltung, Adam Jarubas, aufzustellen. Außerdem gelang es elf Bewerbern, manche von ihnen recht

exotisch und sonderbar, insgesamt 100.000 Unterschriften zu sammeln.

Die hohen Werte gesellschaftlichen Vertrauens und Unterstützung für den Staatspräsidenten demobilisierten ihn und seinen Wahlstab. Sie begannen den Wahlkampf spät und führten ihn wenig aktiv, während Andrzej Duda ihn mit großem Impetus begann. Während des lustlosen und inkompetenten Wahlkampfes begann Komorowskis großer Sympathievorsprung dahinzuschmelzen; vollkommen unerwartet und rasch wuchs dagegen die Unterstützung für den bekannten ehemaligen Rockmusiker Paweł Kukiz, der das gesamte politische Establishment attackierte und radikale, aber nicht weiter präzisierende Veränderungsparolen hervorbrachte oder vielmehr herausschrie. Seine ganze Erfahrung in öffentlichen Angelegenheiten beläuft sich auf seine Funktion als Ratsmitglied im niederschlesischen *sejmik*, die er seit einigen Monaten ausübt. Seine Hauptidee für die Politik ist die obsessiv wiederholte Forderung nach Änderung der Wahlordnung hin zum Mehrheitswahlrecht und sogenannten Ein-Mandats-Kreisen, was seiner Ansicht nach die polnische Politik erfrischen werde, weil die Funktionäre der aktuellen Parteien ihre dominierende Position verlören. Schnell wurde er insbesondere von der jungen Wählerschaft (obgleich er älter als 50 ist) als Sprachrohr aufrührerischer Einstellungen ihrer Generation erkannt und erhielt praktisch ohne jeglichen Wahlkampf und organisatorische Unterstützung über 20 Prozent der Stimmen, was den sensationellen dritten Platz im ersten Wahlgang bedeutete. Mit diesem Erfolg wurde die Position von Komorowski gegenüber dem Kandidaten von *PiS* wesentlich geschwächt und er verlor mit einer Differenz von weniger als einem Prozent gegen Duda. Die übrigen Kandidaten, darunter auch die Kandidatin der Linken, erlitten eine spektakuläre Niederlage.

Im direkten Wahlkampf zur Stichwahl zwischen Komorowski und Duda führte dieser eine dynamischere, offensivere und zeitweilig aggressivere Kampagne. Er attackierte Komorowski für alle Fehler und Makel, die nicht nur dieser selbst, sondern auch das ganze Regierungslager begangen hätten, mit dem er Komorowski gleichsetzte. Er selbst machte nonchalant reichlich Versprechungen verschiedenster Art und weckte bei unterschiedlichen sozialen Gruppen Hoffnungen. Die Kaskaden von Versprechungen einerseits und Vorwürfen andererseits drängten Komorowski in die Defensive. Offenbar erwies sich dies als wirksam, denn Duda gewann schließlich mit dem geringen Vorsprung von 51,5 zu 48,5 Prozent die Präsidentenwahlen. Beeinflusst wurde das Ergebnis auch vom Altersunterschied der beiden Rivalen: Duda ist mit seinen 43 Jahren genau 20 Jahre jünger als Komorowski. Im Zusammenspiel mit

seiner geringen Erfahrung rief er bei vielen jungen Wählern den Eindruck von Frische, Unverbrauchtheit und Erneuerung hervor. In der jüngsten Altersgruppe erhielt Duda deutlich mehr Stimmen als der amtierende Präsident, und in dieser Gruppe wurde über das Wahlergebnis entschieden: Von den 18- bis 30-Jährigen stimmten 60 Prozent für Duda. In dieser Gruppe haben die Parolen von (radikalen) Veränderungen die größte Wirkung; die jungen Menschen, die nicht viel zu verlieren haben, zeigen sich bereit für politische Experimente, und seien sie auch riskant. Der Anti-Establishmentprotest der jüngsten Generation war das wichtigste Phänomen dieser Wahlen und schließlich wahlentscheidend.

Was ist zu erwarten?

Perspektive und Verlauf der Präsidentschaft von Andrzej Duda sind schwer vorherzusehen, da er bisher kaum mit öffentlichen Aktivitäten hervorgetreten ist und keine selbständige staatliche Funktion ausgeübt hat. Gerade diese Unselbständigkeit könnte sein Hauptproblem sein, ähnlich wie bei Lech Kaczyński, der von seinem Bruder Jarosław inspiriert und manches Mal schlechterdings geführt worden war. Es ging damals so weit, dass die ausländischen Verhandlungspartner bei wichtigen Verhandlungen oder Konsultationen, wie beispielsweise dem Lissaboner Vertrag, gleich bei Jarosław Kaczyński anriefen und den amtierenden Staatspräsidenten umgingen. Duda verdankt alles Jarosław Kaczyński, der ihn als Kandidaten kreierte, und es bleibt die Frage, bis zu welchem Grad er ihm zu Diensten oder zumindest loyal sein wird. Die Besetzung des Präsidentenamtes wird von Dudas Mutterpartei, *PiS*, als die Einnahme des Brückenkopfes der Macht verstanden, den man nun durch die Positionierung von Parteifunktionären festigen muss. Folglich wird mit Sicherheit dahin gehend Druck auf das Präsidentenamt ausgeübt, dass eine Politik betrieben wird, die mit der Parteilinie übereinstimmt. Eine unbekannte Größe ist zurzeit, ob und in welchem Maße der neue Staatspräsident ohne politische Erfahrungen in der Lage ist, sich dem Druck zu widersetzen. Er wird eine Funktion ausüben, die ihm große Selbständigkeit einräumt, aber es ist nicht klar, ob er diese nutzen möchte. Als ehemaliger hoher Beamter bei Lech Kaczyński kennt er das Amt, aber aus einer Zeit, als er nicht selbständig und unabhängig war.

Mit Sicherheit ist eine größere Distanz des Staatspräsidenten gegenüber Deutschland und der Europäischen Union zu erwarten, da der neue Amtsinhaber eine europaskeptische und nationalzentrierte Haltung repräsentiert. Im Wahlkampf warf er seinem Rivalen vor, in Polen rasch den Euro einführen zu wollen, wobei er selbst sich ostentativ davon abwendete und hier auch eine große Mehrheit der Polen hinter sich weiß. Polen unter Staats-

präsident Duda wird sich noch stärker von der Eurozone distanzieren und die Einführung der gemeinsamen Währung auf unbekannte Zeit verschieben. Indem er sich häufig auf nationale Interessen berief, signalisierte Duda die Absicht, eine selbständigere und separate Politik in der Europäischen Union zu betreiben; er nannte dies eine Abkehr vom »Schwimmen im *mainstream*«. In der Praxis kann dies eine Schwächung der bisherigen Verbindungen und Kooperationen mit Deutschland bedeuten. Als Europaabgeordneter von *PiS* gehörte Duda im Europäischen Parlament derselben, im Übrigen marginalen, Fraktion wie die britischen Konservativen und die Abgeordneten der *Alternative für Deutschland (AfD)* an, was in gewisser Weise seine Einstellung zu europäischen Aufgaben skizziert, insbesondere zur Vertiefung der europäischen Integration, der gegenüber er sicherlich abgeneigt ist. Sein außenpolitischer Berater soll Krzysztof Szczerski werden, ein erklärter Europaskeptiker. Europaskeptizismus und nationaler Egoismus könnten die Leitmotive dieser Präsidentschaft sein. Die stärkere Betonung nationaler Interessen, gepaart mit nationalem Egoismus, werden sicherlich die Zusammenarbeit Polens mit der Europäischen Union bei der Lösung von Problemen, die Polen nicht unmittelbar betreffen, beschränken und erschweren, wie zum Beispiel bei der Frage der Rettung von Flüchtlingen aus Afrika im Mittelmeer, der Hilfe für Griechenland oder der Lösung der Probleme der Eurozone.

Dagegen wird sich sicherlich nichts in den Beziehungen zwischen Polen und der NATO, Polen und den USA und in der polnischen Ostpolitik ändern. Die Politiker von *PiS* sind sogar pro-amerikanischer als die der *Bürgerplattform* und so wird der neue Präsident auch keine Probleme oder Irritationen in den Institutionen der NATO verursachen. Aufgrund seiner generell pro-amerikanischen Haltung wird Duda wohl positiv gegenüber dem transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP eingestellt sein, das auch von der Mehrheit der Polen befürwortet wird. Die Haltung des neuen Präsidenten gegenüber Russland ist noch schärfer als die des damaligen Staatspräsidenten Lech Kaczyński (in dessen Kanzlei Duda gearbeitet hatte), und Lech Kaczyńskis Unterstützung für Georgien und die Ukraine wird in der Umgebung Dudas als vorbildlich gelobt und als Wegweisung verstanden.

Innenpolitisch verfügt Duda mit dem Vetorecht bei Gesetzesinitiativen der Regierung und der Möglichkeit, eigene Gesetzentwürfe einzubringen, über direkte politische Gestaltungsinstrumente. In den ersten Monaten nach Amtsantritt am 6. August wird er vermutlich dem Sejm eigene Gesetzesprojekte vorlegen, mit denen seine Wahlversprechen eingelöst werden sollen, d. h. die Senkung des Rentenalters, das die gegenwärtige Regierung

auf 67 Jahre angehoben hat, die Erhöhung der Quote des steuerfreien Einkommens, die Erweiterung der steuerlichen Abschreibungen, die Erhöhung des Kindergelds usw. Die Gesamtkosten seiner leichtfertigen Versprechungen schätzten Ökonomen auf mehrere Milliarden Zloty. Die regierende Mehrheit wird sie ablehnen müssen, um das Staatsbudget nicht zu ruinieren, das sie auch in den kommenden Jahren, nach einem angestrebten Sieg bei den Parlamentswahlen im Herbst, zu gestalten gedenkt. Allerdings wird die ständige Zurückweisung der sozialen Gesetzesvorhaben von Duda diesen Wahlerfolg erschweren, denn *PiS* wird sich im Wahlkampf nicht entgehen lassen, den Regierungsparteien eine anti-soziale Politik vorzuhalten. So wird sich Duda als derjenige präsentieren können, der bereit ist, seine Versprechen einzulösen, während die Regierungskoalition dies vereitelt, weshalb man sie abwählen müsse. Die Koalition kann sich also vor den Parlamentswahlen in einer Falle wiederfinden.

Neues Kräfteverhältnis für die Parlamentswahlen im Herbst?

Nach Einschätzung vieler Beobachter und Kommentatoren waren die Präsidentenwahlen ein Vorspiel für die Wahlen im Herbst, in denen über die Zusammensetzung des Sejm und der neuen Regierung entschieden wird. Der Sieg Dudas wird als Schubkraft für seine Mutterpartei, *PiS*, interpretiert und als ein Schritt in Richtung Regierungsübernahme durch einen Ministerpräsidenten aus den Reihen von *PiS*. Bisher wurde dieses Szenario als wenig wahrscheinlich erachtet, und zwar aufgrund der geringen Fähigkeit von *PiS*, eine parlamentarische Koalition zu bilden, und weil es keinen potentiellen Partner für eine solche Koalition gibt. Es herrschte die Meinung, dass auch eine kleine Niederlage der *PO* nicht zu ihrem Machtverlust führen müsse, da sie eine Koalition mit einer der kleineren Parteien eingehen könne. Das Aufkommen einer gesellschaftlichen Bewegung um Paweł Kukiz verändert diese Situation.

Die Entwicklung der spontanen und bisher nicht organisierten Protestbewegung, die als Unterstützung in Höhe von 20 Prozent für Kukiz deutlich in Erscheinung trat, kann neuralgische Bedeutung für den weiteren Verlauf des politischen Geschehens in Polen bekommen. Kukiz' Erfolg reflektiert die gesamteuropäische Konjunktur der Protestbewegungen der Jugend, es ist die polnische Version der »Empörten«. Die Gründe für diese Empörung schienen objektiv geringfügig zu sein, denn Polen befindet sich seit Jahren auf dem Weg des Wirtschaftswachstums und der Verbesserung fast aller Entwicklungsindikatoren. Für die neue Mittelklasse, insbesondere für diejenigen, die sich noch an die Zeit vor der Transformation erinnern, sind die Fortschritte

im Land offenkundig. Die Jugend zieht aber keinen Vergleich zur Situation vor 25 Jahren, an die sie sich nicht erinnern kann, sondern zum westeuropäischen Lebensniveau, das Polen immer noch nicht ganz erreicht hat. Wie in fast ganz Europa sind junge Menschen in Polen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen (über 20 Prozent in dieser Altersgruppe bei 10 Prozent im Bevölkerungsdurchschnitt). Die lukrativsten Positionen und Funktionen sind von den 40- bis 50-Jährigen besetzt, die sie noch lange nicht freigeben werden. In der Politik dominiert die Generation des »Runden Tisches«, d. h. derjenigen, die vor 25 Jahren nach Einführung des demokratischen Systems in die öffentlichen Institutionen einzogen. Die politische Bühne wird von zwei Parteien dominiert, die hart miteinander rivalisieren. In den Augen vieler, insbesondere der jungen Menschen, sieht diese Situation nach einer Umklammerung aus, die jegliche Veränderung unmöglich macht. Die neue, aber bereits erstarrte polnische Mittelklasse ist zufrieden mit der Stabilisierung. Für viele junge Menschen bedeutet dies jedoch Stagnation und Verfall, wogegen sie ihre Stimme abgegeben haben. Hinzu kamen verschiedene Gruppen, die enttäuscht oder einfach gelangweilt von der langjährigen Regierung der *PO* sind, mit der Komorowski identifiziert wird. Mancher sah seine Stimme für Kukiz und gegen Komorowski als gelbe Karte für die Regierungsmannschaft vor den Parlamentswahlen im Herbst.

Kukiz kündigte an, der hinter ihm stehenden gesellschaftlichen Bewegung eine organisierte, eventuell politische, Form zu geben. Der Erfolg dieses Unterfangens ist eine große Unbekannte, denn konkrete und positive Ideen gibt es hier zurzeit nicht, und die lauthals verkündeten Parolen sind demagogische Phrasen und Allgemeinplätze, die kein kohärentes Ganzes ergeben. Versuche der programmatischen Konkretisierung können viele Sympathisanten mit anderen Erwartungen abschrecken. Die Teilnahme an den Parlamentswahlen im Herbst ist möglich, aber der Erfolg zweifelhaft. Allerdings könnten das Gleichgewicht zwischen den beiden größten politischen Kräften *PO* und *PiS* und eine Schwächung der beiden kleineren Parteien *SLD* und *PSL* dazu führen, dass eine eventuelle zukünftige politische Gruppierung von Kukiz zum Zünglein an der Waage und willkommenen Koalitionspartner wird – mit Hinblick auf seine Antisystem-Einstellung eher für *PiS* als für die *PO*. Paradoxerweise würde allerdings die Einführung des von Kukiz geforderten Mehrheitswahlrechts die Chancen auf Einzug der Vertreter seiner Bewegung ins Parlament deutlich verringern, dagegen aber die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass eine der beiden großen Parteien die absolute Mehrheit erhält. Der Senat hat dem von Komorowski nach dem ersten Wahlgang der Präsidentenwahlen vorgeschlagenen Referendum über die

Einführung des Mehrheitswahlrechts zugestimmt (das Verhältniswahlrecht des Parlaments ist in der Verfassung festgelegt, dies macht komplizierte Prozeduren für seine Änderung erforderlich). Das Referendum soll am 6. September abgehalten werden. Allerdings hat die Austragung politischer Fragen mittels Referendum in Polen keine Tradition und die gewöhnlich niedrige Wahlbeteiligung macht solche Abstimmungen wirkungslos – für die Gültigkeit eines Referendums, das Fragen der Verfassung und des Systems betrifft, ist die Beteiligung von mindestens der Hälfte der Wahlberechtigten erforderlich. Das heißt, auch wenn das Referendum stattfinden wird, wird eine niedrige Wahlbeteiligung wahrscheinlich sein, was bedeuten würde, dass die Gesellschaft kein Interesse an Kukiz' Hauptforderung hat, so dass dieser eine Niederlage verbuchen würde.

Die Präsidentschaftswahlen bestätigten die vor vielen Jahren entstandene Teilung der polnischen Gesellschaft in zwei gegensätzliche und stark miteinander antagonistisierende Segmente. Diese Teilung hat kulturellen Charakter, äußert sich aber auch geographisch: Die Grenzlinie verläuft annähernd an der Weichsel und teilt das Land in den konservativen Osten und den liberalen Westen. Auch in der Aufteilung in liberale Städte, insbesondere Großstädte (Duda verlor gegen Komorowski sogar in seiner Heimatstadt Krakau), und konservative Provinz und Dörfer spiegelt sie sich wider. Durchschnittlich erhält die national-katholische Partei *PiS* mehr Unterstützung von der weniger gebildeten Bevölkerung, die liberal-konservative *PO* dagegen von den Wählern mit höherem Bildungsniveau. Die Rivalität auf fast gleicher Höhe zwischen *PiS* und *PO* liegt an den vorläufig geringen Schwankungen der Wählerschaft, was bereits die vergangenen Wahlen auf der Selbstverwaltungsebene sowie zum Europäischen Parlament gezeigt hatten und nun auch von den Präsidentschaftswahlen bestätigt wurde – der Unterschied zwischen den beiden Rivalen betrug 500.000 Stimmen. Die Dominanz der beiden Parteien wird vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Linken noch deutlicher. Die Teilnahme der sonderbaren Kandidatin der Linken an den Präsidentschaftswahlen endete mit dem katastrophalen Ergebnis von unter 2,5 Prozent. Viele

Beobachter und Kommentatoren prophezeien, dass die *SLD* bei den Parlamentswahlen nicht die 5-Prozent-Hürde übersteigen wird. Sollte es dazu kommen, wäre Polen ein Staat ohne linke parlamentarische Vertretung. Die antiklerikale Bewegung von Janusz Palikot, die bei den Parlamentswahlen im Jahr 2011 eine Sensation war, da sie über 10 Prozent der Stimmen erhalten hatte und drittstärkste Kraft im Parlament wurde, befindet sich in Auflösung. Ihr Vorsitzender erhielt in den Präsidentschaftswahlen erbärmliche 1,5 Prozent, was praktisch das Aus seiner politischen Karriere bedeutet. Wenn Kukiz und seine Bewegung ein ähnliches Schicksal ereilen würde, was sich auf längere Sicht als wahrscheinlich abzeichnet, würde sich in Polen ein Zwei-Parteien-System verfestigen. Eine solche Entwicklung scheint auch Ministerpräsidentin Ewa Kopacz in Betracht zu ziehen, die erwägt, dass die *PO* den Rest der linken Wählerschaft an sich zieht, um auf diese Weise die *PO* vor dem schweren Gefecht mit *PiS* im Herbst zu stärken. Die Verschiebung der *PO* nach links würde den politischen Streit und den dahinter stehenden kulturellen Konflikt noch stärker polarisieren.

Seit einiger Zeit spricht man allerdings auch von der Entstehung einer neuen liberalen Gruppierung, der Leszek Balcerowicz vorstehen würde, der Kopf der Wirtschaftstransformation und in der letzten Zeit Kritiker der *PO* (wenngleich er auch öffentlich Komorowski unterstützte). Am 31. Mai fand die Gründungssitzung der Vereinigung *ModernesPL* (*NowoczesnaPL*) statt, die der Beginn einer neuen politischen Formation sein soll. Allerdings handelt es sich hier um einen Plan in der Anfangsphase und es ist noch nicht klar, ob er sich bis zu den Wahlen des Sejm im Herbst stärker profiliert und konkrete politische Gestalt angenommen haben wird.

Die kommenden Wochen und vielleicht auch Monate werden in der polnischen Politik stürmisch werden, denn das unerwartete Ende der Präsidentschaft von Bronisław Komorowski rief Erschütterungen hervor, die nicht so rasch abklingen werden. Erst im Herbst, nach den Parlamentswahlen, wird sich ein neues politisches Kräfteverhältnis ergeben, das die polnische Politik der nächsten Jahre gestalten wird.

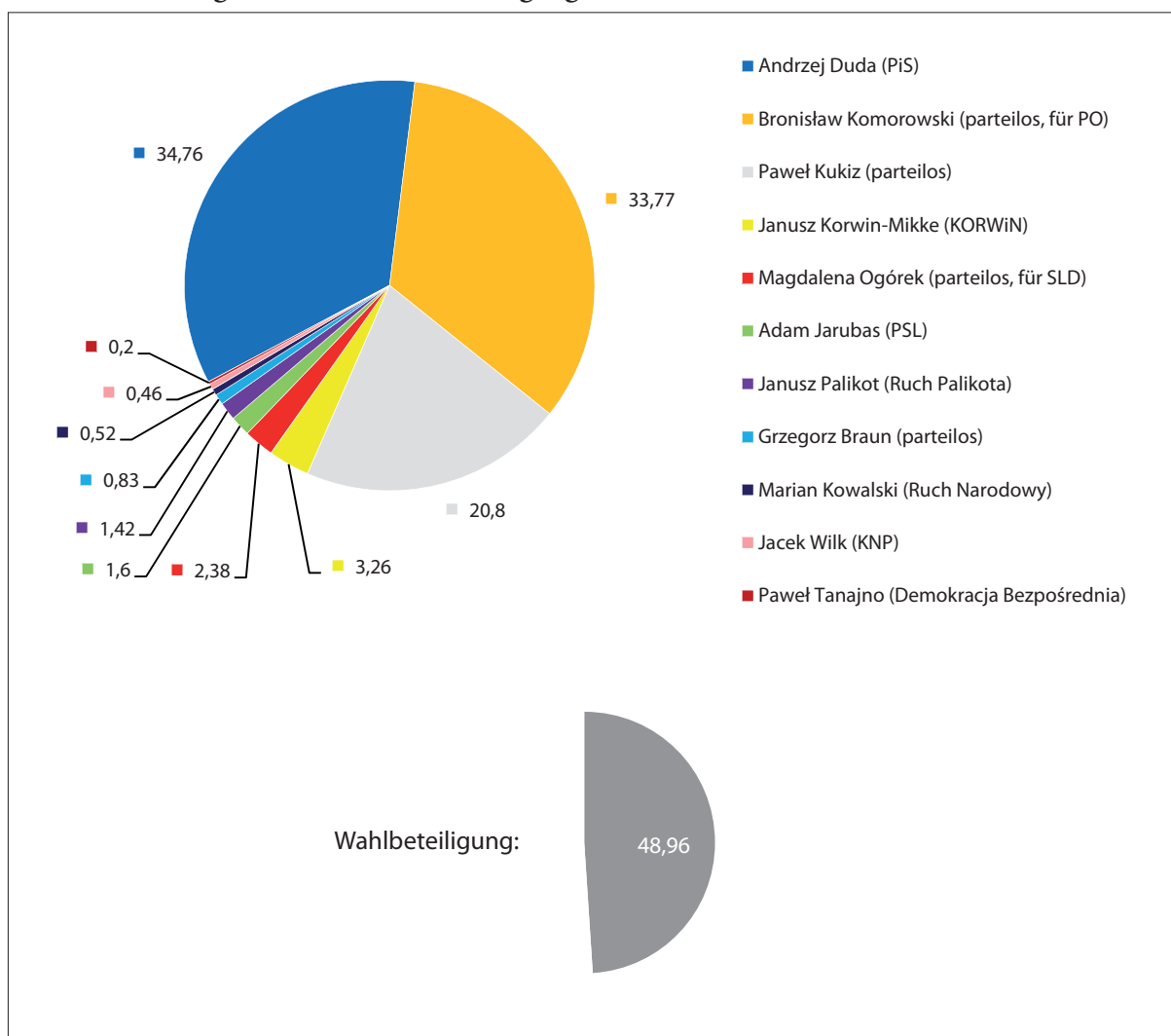
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. hab. Janusz A. Majcherek ist Professor am Institut für Philosophie und Soziologie der Pädagogischen Universität in Krakau (Uniwersytet Pedagogiczny w Krakowie) und Kommentator politischer und gesellschaftlicher Fragen in den polnischen Medien.

Die Ergebnisse der Präsidentenwahlen

Grafik 1: Die Ergebnisse des ersten Wahlgangs der Präsidentenwahlen am 10. Mai 2015



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit

PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform

KORWiN/Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung

SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz

PSL/Polские Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei

Ruch Palikota – Palikot Bewegung

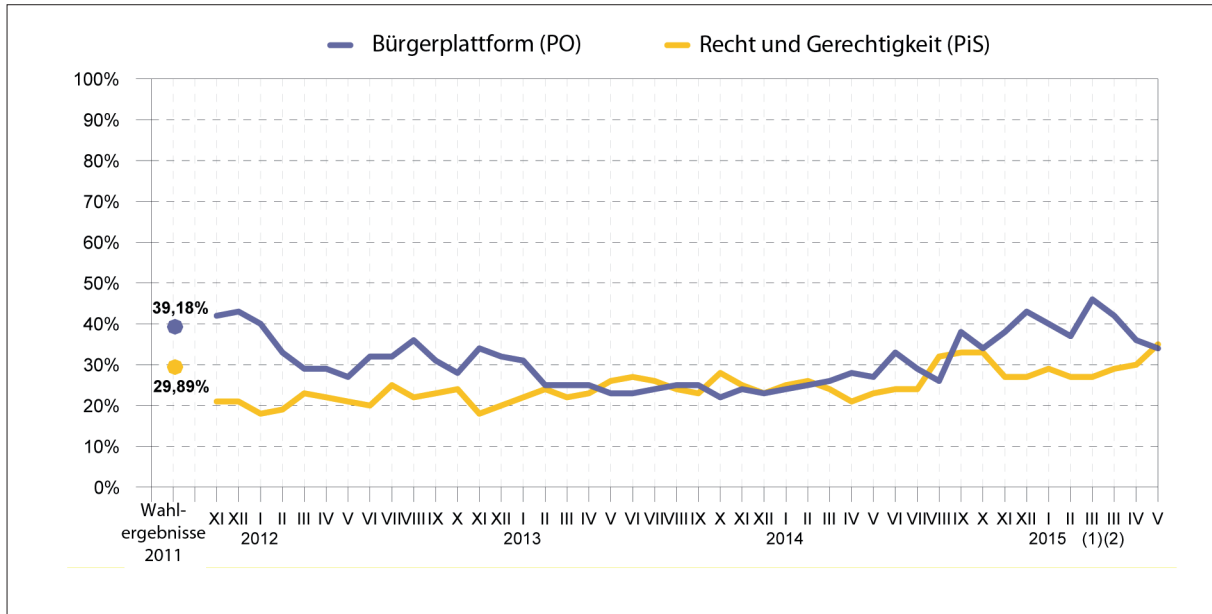
Ruch Narodowy – Nationale Bewegung

KNP/Kongres Nowej Prawicy – Kongress der Neuen Rechten

Demokracja Bezpośrednia – Direkte Demokratie

Quelle: Obwieszczenie Państwowej Komisji Wyborczej z dnia 11 maja 2015 r. o wynikach głosowania i wyniku wyborów Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej, zarządzonych na dzień 10 maja 2015 r. [Bekanntmachung der Staatlichen Wahlkommission vom 11.05.2015 über die Ergebnisse der Abstimmung und das Ergebnis der Wahlen des Staatspräsidenten der Republik Polen am 10. Mai 2015]. <http://prezydent2015.pkw.gov.pl/pliki/1_Obwieszczenie.pdf> (abgerufen am 1.06.2015).

Grafik 2: Die Unterstützung für PO und PiS

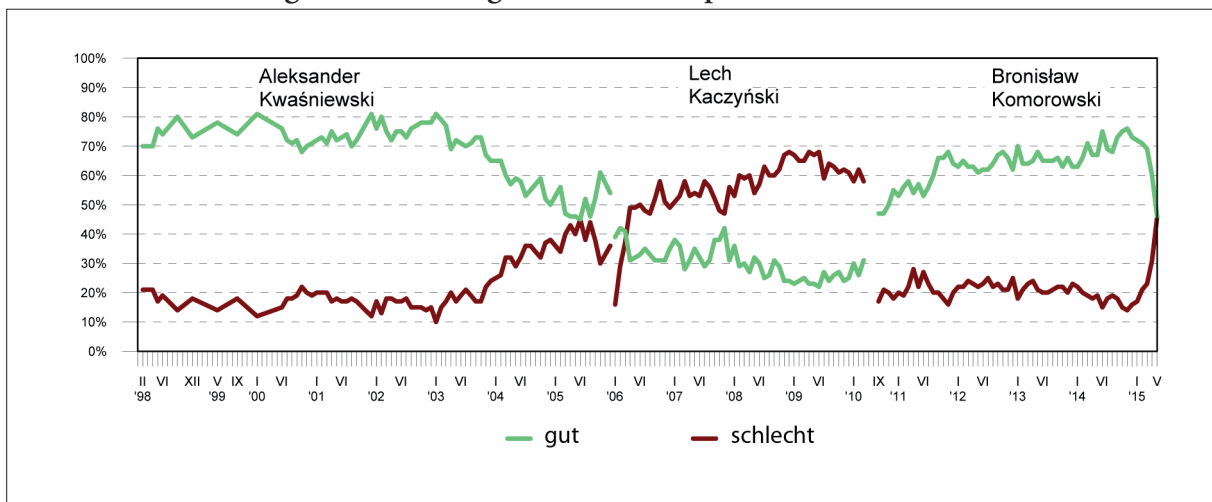


PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform, PiS/ Prawo i Sprawiedliwość –Recht und Gerechtigkeit

Anm.: Ab August 2014 Unterstützung für PiS zusammen mit Solidarisches Polen (Solidarna Polska) und Polen Gemeinsam (Polska Razem), ab März 2015 Unterstützung für PiS zusammen mit Solidarisches Polen (Solidarna Polska), Polen Gemeinsam (Polska Razem) und Rechte der Republik (Prawica Rzeczypospolitej).

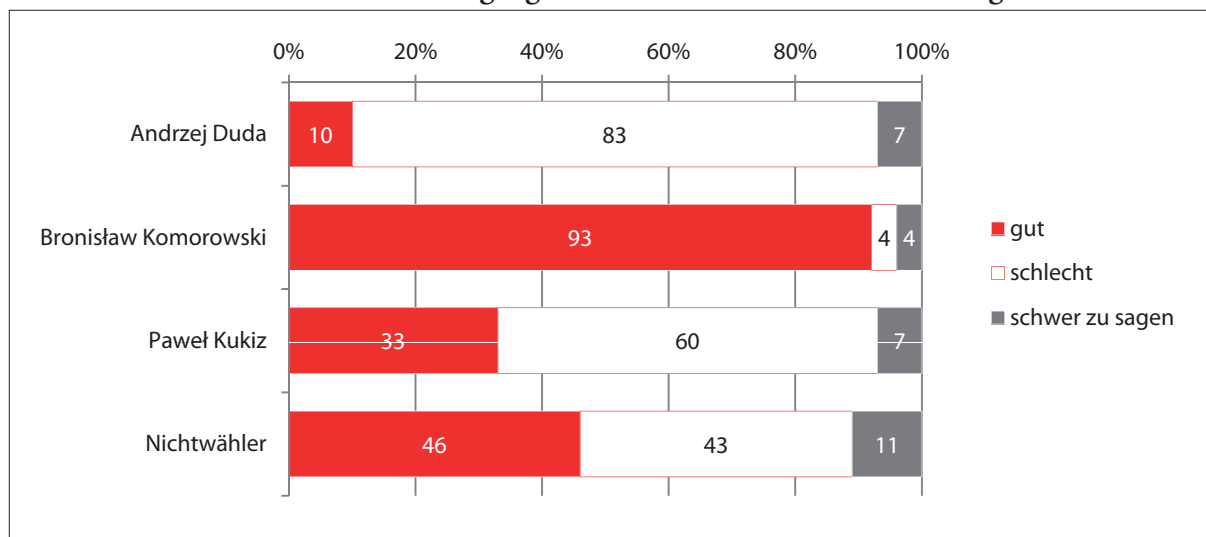
Quelle: CBOS Nr 70/2015: Preferencje partyjne w maju – przed drugą turą wyborów prezydenckich [Parteipräferenzen im Mai vor dem zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen]. Warszawa 05/2015. <www.cbos.pl>

Grafik 3: Veränderungen der Meinung über den Staatspräsidenten



Quelle: CBOS Nr 71/2015: Opinie o działalności parlamentu, prezydenta i PKW [Meinungen über die Tätigkeit des Parlaments, des Staatspräsidenten und der Staatlichen Wahlkommission]. Warszawa 05/2015. <www.cbos.pl>

Grafik 4: Meinungen über die Tätigkeit von Staatspräsident Bronisław Komorowski: Wähler, die im ersten Wahlgang der Präsidentenwahlen 2015 für ... gestimmt haben



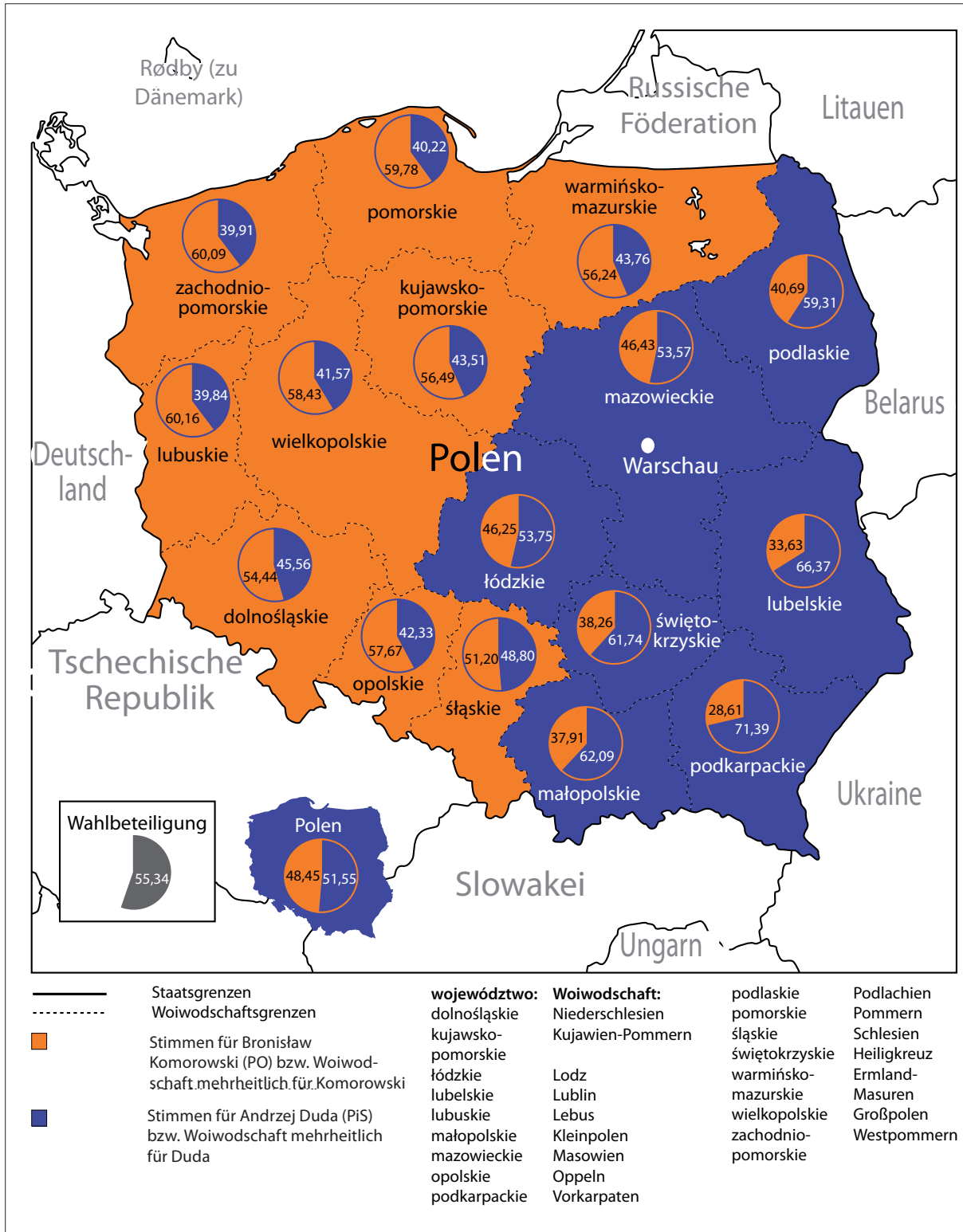
Quelle: CBOS Nr 71/2015: *Opinie o działalności parlamentu, prezydenta i PKW* [Meinungen über die Tätigkeit des Parlaments, des Staatspräsidenten und der Staatlichen Wahlkommission]. Warszawa 05/2015. <www.cbos.pl>

Tabelle 1: Die Wahlergebnisse des zweiten Wahlgangs der Präsidentenwahlen 2015 nach Woiwodschaften (%)

Woiwodschaft	Andrzej Duda	Bronisław Komorowski
Lebuser Land (woj. lubuskie)	39,84	60,16
Westpommern (woj. zachodniopomorskie)	39,91	60,09
Pommern (woj. pomorskie)	40,22	59,78
Großpolen (woj. wielkopolskie)	41,57	58,43
Oppeln (woj. opolskie)	42,33	57,67
Kujawien-Pommern (woj. kujawsko-pomorskie)	43,51	56,49
Ermland-Masuren (woj. warmińsko-mazurskie)	43,76	56,24
Niederschlesien (woj. dolnośląskie)	45,56	54,44
Schlesien (woj. śląskie)	48,80	51,20
Masowien (woj. mazowieckie)	53,57	46,43
Lodz (woj. łódzkie)	53,75	46,25
Podlachien (woj. podlaskie)	59,31	40,69
Heiligkreuz (woj. świętokrzyskie)	61,74	38,26
Kleinpolen (woj. małopolskie)	62,09	37,91
Lublin (woj. lubelskie)	66,37	33,63
Vorkarpaten (woj. podkarpackie)	71,39	28,61
Polen	51,55	48,45

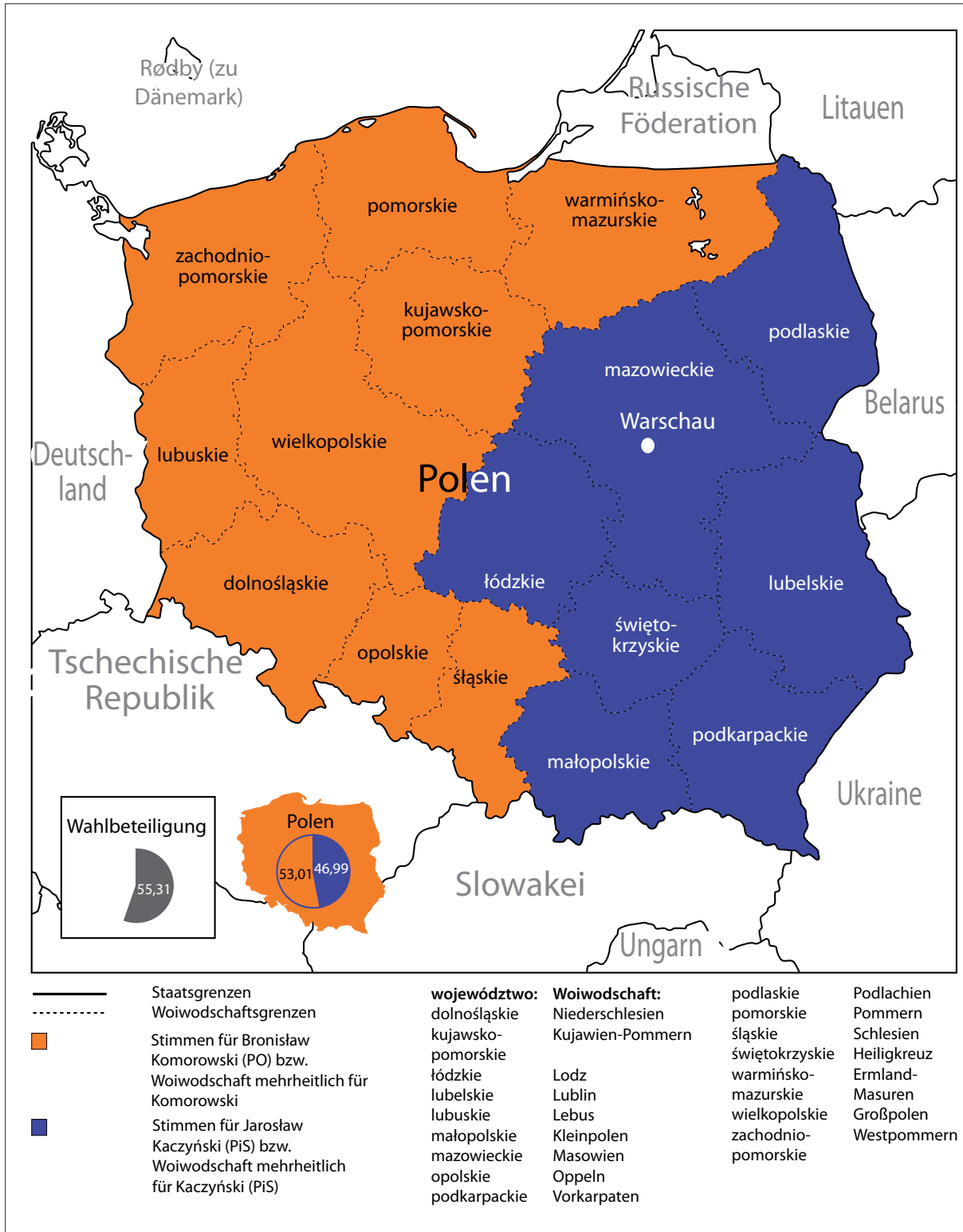
Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission] <http://prezydent2015.pkw.gov.pl/325_Wyniki_Polska/0> (abgerufen am 30.05.2015)

Grafik 5: Die Wahlergebnisse des zweiten Wahlgangs der Präsidentenwahlen 2015 nach Woiwodschaften (%)



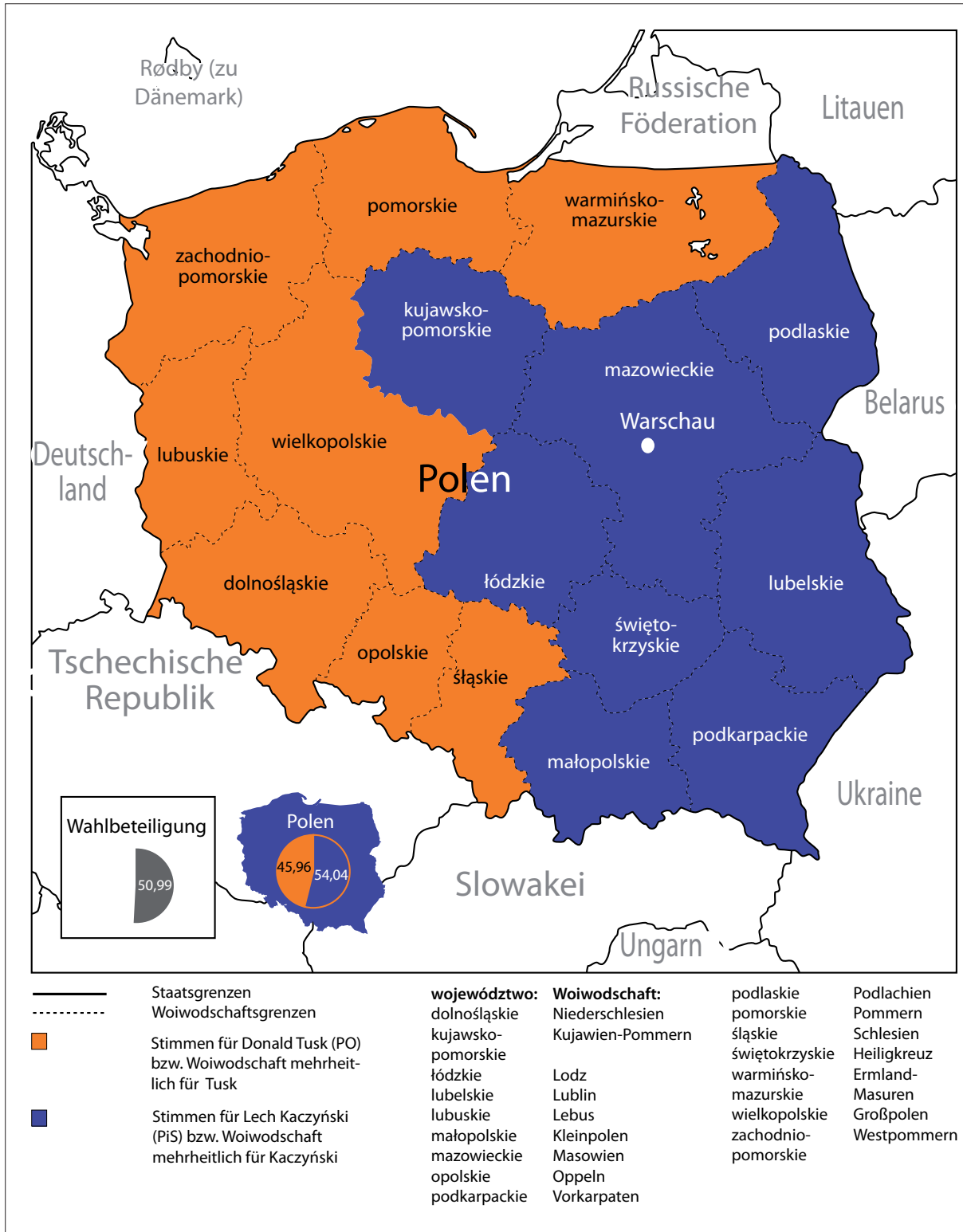
Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission] <http://prezydent2015.pkw.gov.pl/325_Wyniki_Polska/0> (abgerufen am 30.05.2015); Karte: <<http://english.freemap.jp/>>, angepasst durch die Redaktion der Polen-Analysen

Grafik 6: Die Wahlergebnisse des zweiten Wahlgangs der Präsidentenwahlen 2010 nach Woiwodschaften (%)



Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission] <<http://prezydent2010.pkw.gov.pl/PZT/PL/WYN/W/index.htm>> (abgerufen am 1.06.2015); Karte: <<http://english.freemap.jp/>>, angepasst durch die Redaktion der Polen-Analysen

Grafik 7: Die Wahlergebnisse des zweiten Wahlgangs der Präsidentenwahlen 2010 nach Woiwodschaften (%)



Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission] <<http://prezydent2010.pkw.gov.pl/PZT/PL/WYN/W/index.htm>> (abgerufen am 1.06.2015); Karte: <<http://english.freemap.jp/>>, angepasst durch die Redaktion der Polen-Analysen

19. Mai 2015 – 1. Juni 2015

19.05.2015	Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak reist zu einem zweitägigen Besuch in die USA. Mit seinem Amtskollegen Ashton Carter beginnt er die Verhandlungen über den von der polnischen Regierung beschlossenen Kauf von US-amerikanischen Luftabwehrraketen. Siemoniak hebt hervor, dass Polen die größtmögliche Anwesenheit der US-Armee in Polen erwarte. Die rotierende Stationierung in Polen solle in ständige Präsenz umgewandelt werden.
20.05.2015	Nach Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) ist im I. Quartal 2015 in der Geflügelbranche die Zahl der Masthähnchen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 11 % gestiegen und beträgt 88,9 Mio. Stück. Polens Geflügelbranche nimmt nach Informationen der Tageszeitung »Rzeczpospolita« vor Frankreich und Großbritannien den ersten Platz in der Europäischen Union ein.
21.05.2015	Nach der Zustimmung des Sejm und des Senats im Februar und März ratifiziert Staatspräsident Bronisław Komorowski das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Georgien vom Juni 2014.
22.05.2015	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz zeigt sich zufrieden über die Ergebnisse des Gipfels der Östlichen Partnerschaft in Riga (Lettland). Die beiden wichtigsten Ziele seien erreicht worden: die Anerkennung der europäischen Bestrebungen der Länder der Östlichen Partnerschaft durch die Europäische Union sowie eine Erklärung der EU, die Verhandlungen über die Aufhebung der Visumpflicht für die Ukraine und Georgien zu beschleunigen.
24.05.2015	In Polen findet die Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten statt. Zur Wahl stehen der aktuelle Staatspräsident Bronisław Komorowski, der mit der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) verbunden ist, und Andrzej Duda aus den Reihen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Der Staatspräsident wird in Polen direkt gewählt.
25.05.2015	Die Staatliche Wahlkommission gibt das Endergebnis der Stichwahl vom Vortag bekannt. Der Kandidat von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Andrzej Duda, erhielt 51,55 % der Stimmen, der derzeitige Amtsinhaber Bronisław Komorowski, Kandidat der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), 48,45 %. Die Wahlbeteiligung betrug 55,34 %.
26.05.2015	Der Pressesprecher der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Jakub Stefaniak, teilt mit, dass die PSL den Gesetzentwurf des Staatspräsidenten übernehmen wird, der den altersunabhängigen Renteneintritt nach 40 Jahren Beitragszahlungen vorsieht. Staatspräsident Bronisław Komorowski zieht den Entwurf nach seiner Niederlage am Wochenende bei der Wahl für eine zweite Amtszeit zurück, da er keine wesentlichen Entscheidungen bis zum Ende seiner Amtszeit mehr treffen werde, so die Kanzlei des Staatspräsidenten.
27.05.2015	Der Sejm verabschiedet den Bericht des Innenministeriums über ausländische Immobilienkäufe in Polen im Jahr 2014. Eine Käuferlaubnis wird vom Innen-, Landwirtschafts- oder Verteidigungsministerium erteilt. Demnach wurden im Jahr 2014 ausländischen Investoren 271 Kaufgenehmigungen für Bodenflächen von insgesamt ca. 1.000 ha (2013: 252 Genehmigungen für insgesamt 697 ha) erteilt. Am häufigsten betraf dies Flächen in den Woiwodschaften Großpolen (woj. wielkopolskie), Lebusen Land (woj. lubuskie), Ermland-Masuren (woj. warmińsko-mazurskie), Lodz (woj. łódzkie), Masowien (woj. mazowieckie) und Pommern (woj. pomorskie). Die meisten Genehmigungen gingen an Käufer aus der Ukraine, Deutschland, den Niederlanden, Frankreich und Belarus.
27.05.2015	In einem Interview mit der online-Ausgabe der Tageszeitung »Rzeczpospolita« spricht sich der künftige Staatspräsident Andrzej Duda dafür aus, dass das Denkmal für die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) in Warschau vor dem Präsidentenpalast an der Krakowskie Przedmieście errichtet werden soll. Denkmalschützer lehnen diesen Ort ab und auch der Rat der Stadt Warschau hat einen anderen Ort vorgesehen.
28.05.2015	Nach der Fraktionssitzung der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) spricht sich Außenminister Gregorz Schetyna angesichts der Wahlniederlage von Staatspräsident Bronisław Komorowski vor Journalisten für die Entwicklung eines Programms der PO für die Jugend aus. Die Wahlen hätten gezeigt, dass sich die Jugend nicht von der Politik abgewendet habe, aber etwas Neues suche. Dieses solle die PO anzubieten in der Lage sein.
29.05.2015	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz empfängt in Warschau den britischen Premierminister David Cameron. Thematisiert werden Camerons Forderungen nach einer Reform der Europäischen Union. Die polnische Regierung beunruhigen insbesondere die Vorstellungen der britischen Konservativen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU. Großbritannien ist seit 2004 das erste Zielland polnischer Erwerbsmigranten. Vor dem Besuch in Warschau hielt sich Cameron in Paris und Berlin auf, um für die Position der britischen Regierung zu werben.
30.05.2015	In Warschau tagt der Landesrat der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD). Thematisiert wird das schlechte Abschneiden der SLD bei den Präsidentenwahlen im Mai. Parteivorsitzender Leszek Miller kündigt Bemühungen an, eine gemeinsame Liste des linken politischen Spektrums für die Parlamentswahlen im Herbst zu bilden.

31.05.2015	In Warschau findet in Anwesenheit von einigen Tausend Menschen der Gründungskongress der Vereinigung ModernesPL (NowoczesnaPL) statt. Ryszard Petru, einer der führenden Köpfe und Gründer der politischen Initiative, stellt ihr Programm vor. Sie wende sich vor allem an junge Menschen, denen eine bessere Zukunftschance in Polen gegeben werden müsse. Die Einteilung in Polen A und B, strukturelle Arbeitslosigkeit, Emigration und die mangelhafte Vorbereitung durch die Schul- und Hochschulausbildung auf die Anforderungen der Konkurrenz in der Wirtschaft zeigten, dass die wirtschaftliche Transformation nach 25 Jahren nicht vollendet sei. Die aktuelle politische Klasse habe keine langfristige Vision für die Entwicklung Polens und sei nicht in der Lage, die Probleme der jungen Generation zu lösen.
01.06.2015	Die Europäische Investitionsbank gewährt dem polnischen Energiekonzern Enea einen Kredit in Höhe von 946 Mio. Zloty für Modernisierung und Ausbau des Stromnetzes in Nordwestpolen für den Zeitraum 2015 bis 2017.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Ausschreibung des Deutschen Polen-Instituts für die Deutsch-Polnisch-Ukrainische Sommerakademie 2015 für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler Darmstadt, 6. bis 13. September 2015

Die Interdisziplinäre Deutsch-Polnisch-Ukrainische Sommerakademie gibt Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern die Gelegenheit, ihre aktuellen Forschungsprojekte in einem multidisziplinären Kreis vorzustellen und über Aspekte von Geschichte und Gegenwart Polens, Deutschlands, der Ukraine und der zwischenstaatlichen Beziehungen in einem europäischen Kontext zu diskutieren. Sie werden dabei von drei hervorragenden Fachvertretern sowie von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Deutschen Polen-Instituts betreut. Seminarblöcke, Vorträge und kulturelle Veranstaltungen ergänzen das Programm; es besteht auch die Möglichkeit zur Arbeit in Bibliothek und Archiven des Deutschen Polen-Instituts. Ziel ist es, junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus drei Ländern auf unkonventionelle Weise miteinander zu vernetzen und für die Komplexität des deutsch-polnisch-ukrainischen Beziehungsgeflechts zu sensibilisieren.

Angesprochen sind Doktorandinnen und Doktoranden, Postdocs, aber auch fortgeschrittene Studierende kurz vor dem Abschluss, vornehmlich aus Deutschland, Polen und der Ukraine, die sich in ihrer aktuellen wissenschaftlichen Arbeit mit Deutschland, Polen, der Ukraine bzw. den zwischenstaatlichen Beziehungen beschäftigen. Voraussetzung zur Teilnahme ist eine halbstündige Projektvorstellung. Arbeitssprache ist Deutsch, Kenntnisse des Polnischen und des Englischen werden vorausgesetzt.

- So. 06.09. Anreise, Begrüßung
- Mo. 07.09. Seminar mit dem Historiker Prof. Dr. Hans-Jürgen **Bömelburg** (Universität Gießen), Projektvorstellungen
- Di. 08.09. Projektvorstellungen, Gespräch und Lesung mit dem Schriftsteller Serhij **Zhadan**
- Mi. 09.09. Seminar mit der Kulturwissenschaftlerin Prof. Dr. Renata **Makarska** (Universität Mainz), Projektvorstellungen
- Do. 10.09. Projektvorstellungen, Bibliotheksarbeit
- Fr. 11.09. Seminar mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Stefan **Garsztecki** (Universität Chemnitz), Projektvorstellungen
- Sa. 12.09. Projektvorstellungen, Bibliotheksarbeit, gemeinsamer Ausflug
- So. 13.09. Abreise

Bewerbungsschluss: 17. Juni 2015

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie auf der Website <www.sommerakademie-polen.de>

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

Gefördert durch:

DEUTSCH	POLSKO
POLNISCHE	NIEMIECKA
WISSENSCHAFTS	FUNDACJA
STIFTUNG	NA RZECZ NAUKI

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2015 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen